



Mühselig

Heute vor 100 Jahren wurde die Psychoanalytikerin und Feministin Margarete Mitscherlich-Nielsen geboren. Sie holte nach dem Sieg über den Faschismus Sigmund Freuds Lehre nach Deutschland zurück. Von Christiana Puschak

SEITEN 12/13

Lange Verzögerung

Transaktionssteuer: »Die Finanzindustrie versucht, Angst zu schüren.« Interview mit Detlev von Larcher

2

Harte Unterdrückung

Südkorea: Die politische Linke ist starken Repressionen ausgesetzt. Von Claudia Haydt

3

Neue Eskalation

Israel: Nach Angriff auf Polizisten wollen Rechte ganzen Tempelberg in Jerusalem in Besitz nehmen

6

Formeller Start

Brexit: Heute beginnen offiziell die Verhandlungen zum Austritt Großbritanniens aus der EU

9

Schulz auf Mindestdrehzahl

SPD-Kanzlerkandidat stellt in Berlin drei Wochen nach Regierungsprogramm »Zukunftsplan« vor. Seine Rede wirkte wie eine Kapitulationserklärung. Von Arnold Schölzel



Am Sonntag schien es: Der Kandidat hat schon aufgegeben

Im Januar 2005 rühmte der damalige von der SPD gestellte Bundeskanzler Gerhard Schröder sich und seine »Agenda 2010« auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos: »Wir haben einen der besten Niedriglohnssektoren aufgebaut, den es in Europa gibt.« Mit den Folgen dieser »Errungenschaft« und dem von ihr ausgehenden Druck auf die Einkommen aller Beschäftigten haben die Betroffenen in der Bundesrepublik und die durch deutsche Dumpinglöhne niedergelagerten Volkswirtschaften anderer Länder immer mehr zu kämpfen. Die Vokabel »Niedriglohnsektor« wurde in einigen Staaten gar nicht erst übersetzt.

Die heutige SPD ficht das wenig an. Das demonstrierte der Parteivorsitzende und Kanzlerkandidat Martin Schulz am Sonntag bei einer Veranstaltung vor mehreren hundert geladenen Gästen in der Berliner SPD-Zentrale bei der Vorstellung seines so-

genannten Zukunftsplans. Der trägt den Titel »Das moderne Deutschland. Zukunft – Gerechtigkeit – Europa« und enthält in zehn Punkten auf 19 Seiten eine Zusammenfassung dessen, was ein SPD-Parteitag erst vor drei Wochen in Dortmund als Regierungsprogramm auf 116 Seiten verabschiedet hatte. Außer der Textreduktion gab es nichts Neues. Anlass für die merkwürdige Tagung dürfte das Umfragetief sein, in dem die Partei verharrt. Am Samstag abend veröffentlichte *bild.de* eine Emnid-Umfrage, wonach die CDU zur Zeit auf 38 Prozent käme, die SPD auf 25 Prozent – ungefähr dasselbe Ergebnis wie vor vier Wochen.

Gemessen daran wirkte Schulz' Rede, als ob er die Bundestagswahlen abgehakt habe. Sie bestand aus rhetorischem Füllstoff wie dem Eingangs-, Zwischen- und Schlusssatz »Deutschland kann mehr« und der Ankündigung, eine »nationale Bil-

dungsallianz« und gemeinsam mit Gewerkschaften und Industrie eine »Innovationsallianz« zu »schmieden«. Ansonsten glänzte Schulz durch Weglassen jedes Bezugs zur jüngeren SPD-Politik. So erklärte er: »Wir werden der bildungspolitischen Kleinstaaterei ein Ende machen.« Allerdings regiert seine Partei seit Jahrzehnten in einem Großteil der 16 Bundesländer, die für die Bildungspolitik verantwortlich sind. Ähnliches gilt für die sogenannte Schuldenbremse. In der Koalition mit CDU und CSU in den Jahren 2009 bis 2013 setzte die SPD sie per Grundgesetzänderung durch. Sie dient vor allem als Vorwand, Aufgaben des öffentlichen Dienstes und staatliches Eigentum zu privatisieren. Mit Blick auf das katastrophale Resultat nach wenigen Jahren, insbesondere die marode Infrastruktur, forderte Schulz nun eine »Mindestdrehzahl« für Investitionen in der mittelfristigen Finanzplanung.

Unter Ausblendung des Angriffskriegs auf Jugoslawien 1999 und des Afghanistan-Krieges seit 2001 erklärte Schulz wahrheitswidrig, Schröder habe seinerzeit die Bundesrepublik »vor militärischen Abenteuern bewahrt«. Das Wort »Niedriglohnsektor« benutzte Schulz nicht, bot zum Trost aber ein »Chancenkonto« für jeden Bundesbürger und die permanente Internetpräsenz des Staates an, weil er den so mit der »gesellschaftlichen Realität wieder zusammenführen« will. Nur die Direktorin des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung, die Soziologin Anke Hassel, hielt im Rahmenprogramm fest: 20 Prozent aller Jobs hierzulande werden niedrig bezahlt, in Schweden und ganz Skandinavien seien es unter drei Prozent. Sie hielt die deutsche Situation für ein Problem, Schulz war schon weit in der Zukunft.

■ Siehe Kommentar Seite 8

G-20-Einsatz: Eskalation war Programm

Rahmenbefehl schrieb »harte Linie« der Polizei vor. Auch intern Kritik daran

Für Olaf Schulz wird es eng. Der *Spiegel* moniert in seiner neuen Ausgabe, der Hamburger Bürgermeister und die Polizei hätten zum G-20-Gipfel falsche Prioritäten gesetzt. Grundlage der Kritik ist ein 40 Seiten starker Rahmenbefehl der Hamburger Polizei vom 9. Juni, aus dem das Magazin zitiert. Darin heißt es demnach: »Der Schutz und die Sicherheit der Gäste haben höchste Priorität.« Schulz hatte nach dem Gipfel behauptet, der Schutz der Staatsgäste

und der Bevölkerung seien gleichrangig gewesen.

Weiter geht aus dem *Spiegel*-Beitrag hervor, dass Hartmut Dudde, Chefkoordinator des Polizeieinsatzes während des Treffens zahlreicher Staats- und Regierungschefs, mit dem Befehl eine harte Linie vorgegeben hat. Störungen seien »im Ansatz zu verhindern«, bei Demoeinsätzen gelte eine »niedrige Einschreitschwelle«, wird aus dem Papier zitiert. Kritik an Duddes Linie kommt inzwischen auch aus dem Polizeiapparat selbst, so zum

Beispiel von Hans Alberts, Professor an der Polizeihohechschule Münster. In einem Leserbrief an die *Süddeutsche Zeitung* monierte er kürzlich, jahrelang habe er mit Dudde und anderen ehemaligen Schülern Versammlungsszenarien durchgespielt »und immer wieder festgestellt, dass eine harte Linie nur zur Eskalation führt und es dann eine seltsame Achse zwischen den Hardlinern der Polizei und den gewaltbereiten Chaoten gibt«. Neben dem »unseligen Umgang mit dem Versammlungsrecht«, so der Jurist mit

Blick auf den Gipfelausschuss, »wäre es eine eigene Untersuchung wert, ob die Amtsperiode von Ronald Schill in der Polizei personelle Spuren hinterlassen hat«. Der Rechtspopulist war von 2001 bis 2003 Hamburgs Innensenator.

In seinem Internetblog kritisierte ein anderer Polizist, der in einem Kommunikationsteam in Hamburg eingesetzt war, die Einschränkung von Grundrechten während des Gipfels als »unfassbar und beschämend«.

Kristian Stemmler

■ Siehe Seite 8

Syrien: Armee erobert Ölfelder zurück



Beirut. Die syrische Armee hat einem Bericht des staatlichen Fernsehens zufolge die Terrormiliz »Islamischer Staat« (IS) von den Ölfeldern in der Provinz Rakka vertrieben. Dies berichtete der Sender *Ichbarijah* am Samstag unter Berufung auf Militärkreise. Auch mehrere Dörfer seien von den Dschihadisten zurückerobert worden. Die Armee werde von der russischen Luftwaffe unterstützt. Die Regierungsgegner nahestehende »Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte« in Großbritannien erklärte unterdessen, bei einem Luftangriff auf IS-Gebiet im Osten Syriens seien sechs Kinder und zwei Frauen ums Leben gekommen. Für die Bombardierung am frühen Samstag morgen in der Stadt Al-Majadin seien wahrscheinlich Flugzeuge der US-geführten »internationalen Anti-IS-Koalition« verantwortlich. (dpa/Reuters/JW)

■ Siehe Seite 2

BER-Eröffnung vielleicht 2019

Berlin. Keine Überraschung: Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD) stellt sich darauf ein, dass sich die Eröffnung des Hauptstadtflughafens BER abermals verschiebt. »Wenn mir jetzt von den Verantwortlichen gesagt wird, es kann Ende 2018 oder Anfang 2019 sein, muss ich das akzeptieren und sehen, wo Dinge noch beschleunigt und optimiert werden können«, sagte Müller dem *Tagesspiegel* (Sonntagsausgabe). »Glauben Sie mir, lustig finde ich das nicht«, betonte Müller in einem gemeinsamen Interview mit seinem brandenburgischen Amtskollegen Dietmar Woidke (SPD). Beide Länderchefs erklärten, der BER solle trotz der anhaltenden Probleme zu Ende gebaut werden. Zur derzeit umstrittenen Frage, ob man angesichts von absehbaren Kapazitätsproblemen am BER den Berliner Flughafen Tegel doch offenhalten sollte, sagten beide Sozialdemokraten, Tegel müsse schließen. (dpa/JW)

Wird herausgegeben von 2.061 Genossinnen und Genossen (Stand 7.7.2017)

www.jungewelt.de/lpg



4 198625 901607